

Heinz Buschkowsky im Interview mit Elisabeth Niejahr: Intervention für Familie

Heinz Buschkowsky, SPD-Bezirksbürgermeister in Berlin-Neukölln, plädiert nicht für weniger, sondern für mehr Staat, um Familien und Nachbarschaften zu stärken. Ein Gespräch.

Elisabeth Niejahr: Herr Buschkowsky, Sie sind seit mehr als sieben Jahren Bezirksbürgermeister in Berlin-Neukölln, einem Stadtteil mit über 300.000 Einwohnern. Welchen Typ Familie gibt es dort?

Heinz Buschkowsky: »Die« Neuköllner Familie gibt es nicht. Der Bezirk hat ganz unterschiedliche Gesichter. Im Süden recht bürgerlich geprägt von Einfamilienhäusern. Scherzhaft formuliert ist das Haus auch oft von der Bank gemietet. Um der Innenstadt und den dortigen Verhältnissen zu entgehen, zogen und ziehen viele auch in Neukölln an den Rand. Daneben gibt es die Familien in den Neubauvierteln, etwa der Gropiusstadt, wo die Sozialstruktur durchmischer ist. Dort leben vor allem diejenigen, die einmal aus der Innenstadt weggezogen sind, weil sie ein eigenes Bad mit WC und einen eigenen Balkon haben wollten, auf dem sie den Sonnenschein genießen können. Damals Facharbeiter, Angestellte und Beamte, die heute Rentner sind, aber auch Neuzugezogene mit und ohne Erwerbstätigkeit.

Und es gibt Neukölln-Nord, den dichtbesiedelsten, ärmsten und schwierigsten Teil des Bezirks. Dort leben die Menschen meistens in Häusern aus der Gründerzeit. Berlin ist 1920 ja aus den sechs Städten Charlottenburg, Wilmersdorf, Schöneberg, Spandau, Lichtenberg und Neukölln entstanden. Neukölln ist also eines der alten Zentren Berlins. In den Gründerzeitquartieren entwickelte sich Leerstand, als ab 1960 die Binnenwanderung in die Gropiusstadt einsetzte. Diese Quartiere wurden durch die damaligen Gastarbeiter in Besitz genommen. So ist die heutige Migrationsstadt Neukölln-Nord entstanden. In diesem Ballungsgebiet leben immerhin 160.000 Menschen – eine Großstadt für sich – in der

noch immer viele Wohnungen kein eigenes Bad und WC haben.

Niejahr: Wie viele Menschen mit Migrationshintergrund leben in ganz Neukölln?

Buschkowsky: 117.000 Gemeldete; das wissen wir ziemlich genau. Hinzu kommt eine unbekannt große an Illegalen und »Besuchern«. Rund 40 Prozent der Menschen in Neukölln haben einen Migrationshintergrund. In Neukölln-Nord beträgt der Anteil 55 Prozent, in den Schulen sind es 80 bis 100 Prozent. In den Grundschulen im Norden dominieren die Migrantenkinder, in einzelnen Schulen gibt es so gut wie keine deutschstämmigen Schüler. Hier stellt sich die Frage, wer wen wohin integriert, schon lange nicht mehr.

Neukölln ist ein Schmelztiegel, in dem Menschen aus über 160 Nationen leben. Die Lebensbedingungen in diesem Brennpunkt, der für eine Großstadt nicht untypisch ist, verändern sich mit der Migration nicht nur ethnisch-kulturell, sondern auch soziostrukturell.

Und so sind wir ein Symbol geworden für Stärken, Schwächen, Erfolge und Versäumnisse der deutschen Integrationspolitik mit all dem, was daran hängt: positive kulturelle Vielfalt, unzählige Erfolgskarrieren, aber auch Verarmung, Arbeitslosigkeit, Bildungsferne, Jugendkriminalität und ein reformierbedürftiges Bildungssystem. Hinzu kommt eine Renaissance starker Religiosität bis hin zur Orthodoxie und zum Fanatismus. Für die Medien sind wir ein Eldorado, denn bei jedem Thema, das damit zusammenhängt, können sich Journalisten an Neukölln abarbeiten. Seit einigen Jahren beobachten wir die harten Fakten sehr akribisch, und wir fragen vieles ab. Das hat man über Jahrzehnte nicht getan. Es wurde alles nur

»gefühl«. Je nach politischer Neigung war es gefühlt schön bei uns – oder man hatte das Gefühl, dass das Boot voll ist. Der renommierte Stadtsoziologe Prof. Häussermann hat in zwei Gutachten beeindruckendes Datenmaterial über Neukölln für uns zusammengetragen. Diese Gutachten oder auch die Werte aus dem »Monitoring Soziale Stadtentwicklung« des Senats der Stadt Berlin sowie der Sozialstrukturatlas sind die Grundlagen unserer Arbeit. Wir verwenden nie eigene bezirkliche Daten, die glaubt uns sowieso keiner, und dann gibt es nur Streit.

Die Ergebnisse der Studien sind katastrophal. Insbesondere die Prognose, dass die Entwicklung dynamisch ist und keinerlei Anzeichen für eine Verbesserung erkennbar sind. Fachleute nennen Neukölln-Nord ein Gebiet mit Ausgrenzungstendenz, das heißt, eine Großstadt mit 160.000 Einwohnern ist dabei, sich von mitteleuropäischen Lebens- und Wertestandards zu verabschieden. Es ist nur vom Straßenzug abhängig, ob drei Viertel oder zwei Drittel der Kinder unter 15 Jahren von Transferleistungen leben. In manchen Schulen sind 90 Prozent der Eltern von den Zuzahlungen für die Lernmittel befreit. Das sind Parameter, aus denen sich viel ableiten lässt.

Was bedeutet es denn, wenn in einer Schule 90 Prozent der Eltern von den Zuzahlungen für die Lernmittel befreit sind? Es bedeutet, dass so gut wie kein Elternteil aller Kinder dieser Schule mehr in einem regelmäßigen Erwerbsleben steht. Die Kinder kennen teilweise niemanden mehr, der morgens aufsteht und arbeiten geht. Das schlägt sich im Schulalltag nieder: Teilweise kommen die Kinder pünktlich oder auch schon einmal eine halbe oder eine ganze Stunde zu spät bzw. auch gar nicht zur Schule. Sie kommen mit einem braunen und einem schwarzen Schuh. Die Jeans über die Schlafanzughose gezogen. Die Haare sind nicht gekämmt, und im Winter haben sie bei minus 15 Grad auch schon einmal Sandalen und ein T-Shirt

an. Zu essen haben sie oft gar nichts, maximal eine Tüte von Burger King; denn das Einzige, was die Mutter oder der Vater am Vorabend noch geschafft haben, war, einen Fünf-Euro-Schein hinzulegen. Es hat aber niemand das Kind geweckt, und es hat ihm auch niemand ein Schulbrot gemacht. Vom in den Arm nehmen ganz zu schweigen.

Das sind die Realitäten dort. Es gibt gar nicht diese Diskussionen unter den Kindern, dass sie einmal so werden möchten wie ihr Papa, der Feuerwehrmann ist und Menschen rettet. Diese Kinder haben zu Hause keine Eltern, die ein Vorbild sind. Damit entwickelt sich oft auch kein Ehrgeiz; denn der Vater sitzt den ganzen Tag irgendwo herum: vor dem Fernseher, im Teehaus, auf der Bank vor dem Rathaus oder im Park.

Niejahr: Im Gespräch mit unserer Kommission haben Sie erklärt, der Ansatz, Nachbarschaften und kleine Lebenskreise zu stärken, sei für Viertel wie Neukölln völlig falsch. Dort sei vor allem der Staat gefordert, weil die Nachbarschaften eher das Problem als die Lösung des Problems sind ...

Buschkowsky: ... sofern überhaupt eine Nachbarschaft existiert. Wie gesagt: Es leben bei uns über 160 Ethnien, die sich zum großen Teil strikt voneinander abgrenzen. Die Behauptung, dass es nur eine Problemlinie zwischen »den« Migranten und der deutschen Mehrheitsgesellschaft gibt, ist ein Märchen. Die größten Konfliktlinien verlaufen zwischen den einzelnen Ethnien der Migranten.

Niejahr: Hilft man sich beispielsweise in einer homogenen türkischen Nachbarschaft eher?

Buschkowsky: Ja, aber auch dort oft nur, wenn Menschen aus der gleichen Gegend, aus dem gleichen Tal oder aus dem gleichen Dorf kommen und wenn die religiöse Ausrichtung übereinstimmt. Aleviten und Sun-

niten – das sind schon wieder zwei verschiedene Welten. Das gilt auch, wenn Türken mit Arabern, Türken mit Kurden, Russen mit Sinti und Roma zusammenleben.

Im Programm »Soziale Stadt« des Berliner Senats gibt es das Instrument Quartiersmanagement, mit dem wir versuchen, Nachbarschaft zu organisieren. Wir wollen den Menschen klarmachen, dass die Atmosphäre, in der sie leben, von ihnen selbst bestimmt wird. Sie ist also davon abhängig, ob sie sich einen guten Tag wünschen, wenn sie sich im Hausflur begegnen, oder zur Seite schauen und die Straßenseite wechseln, wenn sie sich auf dem Bürgersteig begegnen.

Oft gibt es persönliche nachbarschaftliche Beziehungen überhaupt nicht und auch keine Grundsolidarität. Das ist anders als im Dorf in Rheinland-Pfalz, das es seit 500 Jahren gibt. In unseren Quartieren lebt eine vom Zufall zusammengeführte Bevölkerung mit unterschiedlichsten Kulturen und Temperamenten auf engstem Raum miteinander. Wir versuchen, aus den Bewohnern einer Straße wirklich Nachbarn zu machen.

Niejahr: Es würde also zum Beispiel niemand dem Nachbarn Geld leihen?

Buschkowsky: Ich weiß nicht, ob das niemand tun würde, aber auf jeden Fall ist der andere weit weg. Wir reden hier über Stadt-Communities, die erst einmal beziehungslos nebeneinander leben. Im günstigsten Fall entsteht durch Begegnungen im Hausaufgang etwas. Wir haben aber auch die böse Erfahrung gemacht, dass sich die Bewohner eines Hauses homogenisieren. Da geht dann zum Beispiel jemand zur russischen Familie und sagt: Wir alle sind türkischstämmige Menschen und leben nach einer anderen Kultur. Wäre es nicht toll, wenn Ihr Euch eine andere Wohnung suchen würdet? Es gibt Häuserblocks, in denen nur Menschen aus einem bestimmten Gebiet wohnen. In

diesen Fällen existiert dort natürlich ein Beziehungsgeflecht, aber ein ganz anderes, als es die Robert Bosch Stiftung im Sinn hat. Es kommt dort dann sicherlich auch zur Nachbarschaftshilfe. Aber ich nenne das Parallelgesellschaft, weil diese Menschen eigene Normen haben, nach denen sie leben und die jeder zu respektieren hat. Das sind aber die Normen ihrer Heimat, ihres Dorfes oder ihrer Sippe und nicht die des mitteleuropäischen Staatsgebildes Bundesrepublik Deutschland.

Ich verspreche Ihnen, unser Polizeipräsident und mein Innensenator werden vehement bestreiten, was ich jetzt sage: Wenn wir ehrlich sind, müssen wir zugeben, dass wir nicht wirklich wissen, was in diesen Quartieren passiert. Der Friedensrichter hat dort einen stärkeren Einfluss als die Besatzung eines Funkstreifenwagens.

Niejahr: Erklären Sie bitte einmal, was ein Friedensrichter genau tut.

Buschkowsky: Ein Friedensrichter ist eine Art Schiedsmann. Er versucht, bei Streitigkeiten zwischen Familien zu einem Ausgleich zu kommen, und er legt Bußgeldzahlungen oder Wiedergutmachungen fest. Es geht ja meist um die Verletzung der Ehre einer Familie. Dies kann viele Gründe haben, etwa, dass eine Tochter entehrt wurde oder es zu Betrügereien gekommen ist. Der Friedensrichter ist eine Autorität, die Recht spricht.

Bis vor wenigen Jahren ist die Existenz von Friedensrichtern bestritten worden. Wenn ich sie auf Podiumsdiskussionen erwähnt habe, dann fiel mir garantiert einer ins Wort. Heute schmücken sich Friedensrichter, indem sie sich im Boulevardfernsehen von Kamerateams begleiten lassen oder Zeitungsinterviews geben und erklären, was ihre Aufgabe ist. Sie sind Teil eines eigenen Rechtssystems und eines eigenen Beziehungsgeflechts zwischen den Menschen.

Wenn wir über den Ärmelkanal schauen, dann stellen wir fest, dass es in England bereits Scharia-Gerichte gibt, die offiziell Recht sprechen, Urteile fällen und in das britische Rechtssystem eingebettet sind. Das ist für mich zumindest gewöhnungsbedürftig.

Zu der Frage, welches Wertesystem in diesen Parallelgesellschaften gilt, will ich ein weiteres Beispiel nennen: Während eines Zugriffs in einer Wohnung kam ein Polizeibeamter des Spezialeinsatzkommandos ums Leben, weil ein junger Mann den ersten die Wohnung betretenden Polizeibeamten erschoss. Er sagte später vor Gericht aus, dass es ihm sehr leid täte, dass er den Polizeibeamten erschossen hatte. Er wollte ihn nicht erschießen, und er wusste auch nicht, dass er Polizist ist. Er saß im Wohnzimmer, hörte, dass jemand gewaltsam in die Wohnung kam, und dachte, es sei jemand vom verfeindeten Clan, der ihn umbringen wollte.

Das lehrt uns zweierlei, nämlich erstens, dass es in einer bestimmten Szene normal ist, zu Hause mit einer durchgeladenen Waffe zu sitzen. Zweitens lehrt es, dass es offensichtlich ein System gibt, in dem man davon ausgehen muss, dass jemand einen mit dem Tode bestraft. Das ist zumindest in Mitteleuropa ungewöhnlich. Wenn ich zu Hause sitze, erwarte ich nicht, dass jemand durch die Tür kommt, der mich umbringen will.

Wenn man über solche Zustände vor noch nicht allzu langer Zeit offen gesprochen hat, wurden sie vehement bestritten. Ich erinnere mich, wie ich bei Diskussionen angegangen wurde, wenn ich Wörter wie »Zwangsheirat« und »Parallelgesellschaft« nur in den Mund genommen habe.

Niejahr: Von wem?

Buschkowsky: Von denen, die einen eher romantischen Blick auf die Migrationsprobleme haben.

Ich glaube, heute sind wir ein Stück weiter, weil die von Terre de Femmes erhobenen Zahlen, laut denen sich jede zweite türkische Frau ihren Mann nicht aussuchen konnte und etwa 15 Prozent der türkischen Frauen eine Zwangsehe eingehen mussten, heute nicht mehr ernsthaft bestritten werden.

Niejahr: Sie haben gesagt, Multikulti sei gescheitert. Was folgt daraus? Man kann das Rad ja nicht zurückdrehen.

Buschkowsky: Ich meinte einen bestimmten Multikulti-Begriff. Ich bestreite die romantische Vorstellung, Menschen aus aller Herren Länder kommen zusammen, und aus ihrer Begegnung ergibt sich eine Symbiose aller guten Teile ihrer Herkunftskulturen, also die Schöpfung einer neuen multikulturellen Gesellschaft, in der sich alle Menschen wohl fühlen und sich offen voller Respekt, Toleranz und Zugewandtheit begegnen.

Die Erfahrungen im täglichen Leben zeigen, dass solche Multikulti-Ideen reine Kopfgeburten sind. Ich denke, dass jeder Mensch das Bedürfnis hat, seine Wurzeln zu kennen und auch stolz darauf zu sein. Ich bin nicht stolz auf Goethe, aber ich habe schon einen gehörigen Respekt für die kulturellen und gesellschaftlichen Leistungen unserer Vorfahren und unseres Volkes. Ich empfinde auch Stolz, zu dieser Gemeinschaft in der jetzigen Epoche zu gehören, auch wenn ich der Verantwortung für historische Ereignisse nicht ausweichen kann und will. Ich denke, dass es den meisten anderen genauso geht und eigentlich jeder wissen will, wohin er gehört. Kein Mensch will beliebig, also multikulturell sein.

Warum sollte der Mensch das auch sein? Ich finde es völlig in Ordnung, wenn jemand, der die deutsche Staatsangehörigkeit in zweiter oder dritter Generation besitzt, sagt, dass er in seinem Herzen Türke sei, und dabei bleibt, dass er das Zuckerfest feiert und dass ihm Döner nun einmal besser als Currywurst schmeckt. Mir schmeckt Currywurst übrigens auch besser als Weißwurst.

Aber Sie haben Recht: Die Menschen, um die es geht, sind da und werden bleiben. Die erwachsenen Bürger des Stadtteils Neukölln-Nord des Jahres 2019 gehen heute schon zur Grundschule. Neukölln-Nord wird in zehn Jahren eine Migrantstadt sein. Heute haben 55 Prozent der Menschen in Neukölln-Nord einen Migrationshintergrund. In den Grundschulen beträgt der Anteil, wie gesagt, bis zu 100 Prozent. Wenn diese jungen Menschen erwachsen sind, werden mindestens drei von vier Bürgern in Neukölln-Nord einen Migrationshintergrund haben.

Niejahr: Können Sie auch für ganz Berlin eine Zahl nennen?

Buschkowsky: Nein, aber ich glaube, dass sich unsere Situation der von Rotterdam annähern wird. Dort gibt es keine Mehrheitsgesellschaft mehr.

Niejahr: Wie in Kalifornien, wo inzwischen mehr Hispanics als englischsprachige Menschen leben.

Buschkowsky: Für sich allein genommen ist das auch kein Problem. Die Frage ist nur, ob es uns gelingt, diese nachwachsenden multiethnischen Bevölkerungsschichten in das mitteleuropäische Zivilisations- und Wertesystem einzubinden. Es gibt dort ein Problem, wo die tradierten Riten weitergepflegt werden und zum Beispiel die Mädchen gemäß dem Kulturbild »keusch, sexuell rein, dem Mann und der Schwiegermut-

ter gehorsam« und die »Jungen zum Beschützer, zur Tapferkeit, zum Kämpfer und zum Bewahrer der Ehre der Familie« erzogen werden. Die einen sagen den Kindern, dass es Sünde sei, Kontakt zu Deutschen zu haben, die anderen sagen ihnen: »Deutsche sind Schweine, und die Hummeln sollen in Eure Zungen stechen, wenn Ihr Deutsch redet.«

In solchen Familien erleben wir Folgendes: Wenn der Sozialarbeiter wegen des unregelmäßigen Schulbesuchs eines Kindes zu dessen Eltern kommt, antworten diese ihm: Meine Tochter soll eine gute Frau und Mutter werden. Was braucht sie dafür die Schule?

Die Gefahr ist, dass die eigentlich bereichernde Vielfalt in der Realität in Wirklichkeit oft Rückschritt bedeutet.

Niejahr: Sprechen wir über die Antworten des Staates auf solche Probleme. Sie sagen, dass nicht unsere Gesetze das Problem sind, sondern deren mangelhafte Anwendung.

Buschkowsky: Wir haben in Deutschland keinen Erkenntnismangel, sondern ein Handlungsdefizit. Es gibt Normen, die von der Gesellschaft recht repressiv durchgesetzt werden. Wenn Sie den Sicherheitsgurt beim Autofahren nicht anlegen, dann werden Sie mit einer Geldbuße in Höhe von 30 Euro belegt. Wenn Sie das rote Ampellicht missachten, obwohl niemand Ihren Weg kreuzt, dann droht man Ihnen mit einer Geldbuße in Höhe von 200 Euro, drei Punkten in Flensburg und vielleicht sogar einem Fahrverbot. Beim Straßenverkehr geht unsere Gesellschaft also schon bei kleinen Verstößen ziemlich rigide vor. Das ist auch in Ordnung, aber da, wo es um unsere Kinder geht, sind wir sehr viel nachsichtiger und behandeln beispielsweise die Schulpflicht wie eine unverbindliche Empfehlung.

Niejahr: Was kann man tun, damit die Schulpflicht ernster genommen wird?

Buschkowsky: Man muss sie durchsetzen.

Niejahr: Wie?

Buschkowsky: Wenn Ansprachen nicht helfen, mit Sanktionen. Der Staat hat da durchaus Möglichkeiten: Es gibt die Schulversäumnisanzeige, es gibt Bußgeldbescheide, es gibt die Zwangsvorführung durch die Polizei.

Niejahr: Das alles scheint nicht sehr viel Wirkung zu haben.

Buschkowsky: Der einzige Bezirk in Berlin, der das Instrument der polizeilichen Zwangsvorführung von Schülern nutzt, ist Neukölln. Alle anderen Bezirke tun das nicht. Wir haben in Neukölln im letzten Jahr 150 Bußgeldbescheide gegen Eltern erlassen, was ich angesichts der Realitäten als viel zu wenig empfinde. In anderen Bezirken werden gar keine erlassen.

Niejahr: Besteht das Problem nicht eher darin, dass man zum Beispiel bei Hartz-IV-Empfängern mit Bußgeldbescheiden nicht sehr weit kommt?

Buschkowsky: Auch ein Hartz-IV-Empfänger kann dazu angehalten werden, das Bußgeld ratenweise zu zahlen. Man kann ihn das Bußgeld auch durch gemeinnützige Arbeit abarbeiten lassen. Und man kann direkt auf Sozialleistungen des Staates zugreifen.

Bis vor ganz kurzer Zeit sind Schulversäumnisangelegenheiten und die entsprechenden Bußgeldverfahren in Berlin von den Verkehrsrichtern bearbeitet worden. Für diese war das eine Last. Jetzt bearbeiten diese Angelegenheiten die Jugendrichter. Es gibt in Berlin eine sehr engagierte Jugendrichterin, die Haftbefehle verhängt,

wenn Eltern Bußgelder nicht bezahlen. Was meinen Sie, wie schnell dann bezahlt wird! Ich sage gerne den Satz: Kommt das Kind nicht in die Schule, kommt das Kindergeld nicht auf das Konto. Das ist angeblich in der Bundesrepublik rechtlich nicht möglich. Warum eigentlich nicht? Die Familienrichter in Berlin fordern seit Jahren die Möglichkeit des Eingriffsrechts auch in Transferleistungen bei unkooperativen Eltern. Aus meiner Sicht beruht das Kindergeld auf einer Art Vertrag. Es ist der monetäre Ausgleich für Belastungen, die mit Kindern und ihrer Erziehung verbunden sind. Dafür erwartet die Gesellschaft aber, dass die Eltern ihre Kinder gemäß den Normen und Werten der Gesellschaft erziehen. Diese Pflicht leitet sich schon aus Artikel 6 des Grundgesetzes ab.

Laut Schulversäumnisstatistik fehlen in Neukölln 25 Prozent aller Hauptschüler mehr als 21 Tage im Jahr unentschuldig. Bei Gymnasiasten sind es nur 2,5 Prozent. Es ist also eine Frage der Bildungsorientierung oder Bildungsferne, insbesondere im Elternhaus. Oft heißt es: Gott sei Dank besteht bei den Grundschulen das Problem mit den Fehlzeiten nicht. Das stimmt aber nicht. In der Grundschule gibt es nämlich ein ganz anderes Problem. Das Kind kommt am Montag in die Schule, am Dienstag kommt es nicht. Am Mittwoch und am Donnerstag kommt es, am Freitag kommt es nicht. Am Mittwoch kommt das Kind um 8.00 Uhr, am Donnerstag um 10.00 Uhr. Das steht im Klassenbuch, aber in keiner Schulversäumnisstatistik. Dabei fängt so die Entwicklung der Schuldistanz an.

Niejahr: Die Kinder lernen so, dass man den Schulbesuch nicht ernst nehmen muss?

Buschkowsky: Richtig. Wir versuchen, dieser Entwicklung mit Schulstationen zu begegnen, in denen türkische und arabische Sozialarbeiter tätig sind. Neukölln ist der einzige Bezirk, der allen Grundschulen im

Norden aus Bezirksmitteln eine Schulstation finanziert.

Darüber hinaus brauchen wir aber auch Verbindlichkeit. Das habe ich gerade hinsichtlich des Schulbesuchs gelernt, als ich vor kurzem in London und in Rotterdam war. In beiden Städten wird in der Migrationspolitik ein ganz starker Fokus auf den Schulbesuch der Kinder gerichtet. Den Niederländern wirft man eine gewisse Schularapartheid vor: weiße Schulen, schwarze Schulen. Das stimmt, es gibt diese Trennung. Die Tatsache, dass die »schwarzen Schulen« wegen der Zusammensetzung der Schülerschaft fast doppelt so viele Mittel bekommen wie die »weißen Schulen«, wird bei diesem Vorwurf meist übersehen. Ich hätte im Vergleich zu Schulen in großbürgerlichen Gebieten gerne doppelt so viele Lehrer und Sachmittel für meine Neuköllner Schulen. Die Realität bei uns ist, dass die Klassengrößen in Brennpunktschulen in Berlin gerade um 20 Prozent erhöht werden und dass wir einen Belastungsausgleich bei den Lehrerstunden von etwa 5 Prozent erhalten. Aufgrund der bestehenden Verwerfungen ist das völlig unzureichend.

Niejahr: Das heißt aber, dass die Niederländer das Geld nicht für die Durchsetzung der Schulpflicht, sondern für den Unterricht ausgeben. Oder wie wird dieses Geld investiert?

Buschkowsky: Ich habe das Hilfs- und Angebotssystem in Rotterdam bei meinem Besuch dort als viel effektiver und umfangreicher als bei uns erlebt. Man kümmert sich dort sehr intensiv um sozial schwierige Familien. Das gilt gleichzeitig aber auch für die staatlichen Interventionen. Dort sagt man: keine Prävention ohne Repression. Es gibt dort also immer folgende Drohkulisse: Die Gesellschaft hilft Dir, aber wir erwarten von Dir, dass Du die Möglichkeiten, die wir Dir bieten, auch nutzt und Deine Kompetenzen, die Du hast, einbringst. Wenn Du Dich

verweigerst, dann entziehen wir Dir unsere Unterstützung, also die Sozialleistungen.

Das gilt auch für die Schule. Ein Beispiel: In Rotterdam werden die Zeugnisse nur an die Eltern ausgegeben. Aufgrund des dortigen Trimestersystems erzwingt man dadurch also drei Mal im Jahr einen persönlichen Kontakt und ein Gespräch über das Kind zwischen der Lehrerschaft und den Eltern.

Wenn man fragt, wie vielen Kindern das Zeugnis doch mit nach Hause gegeben oder zugeschickt wird, erhält man die Antwort: Keinen, es kommen alle Eltern. Wieso ist das so? Wenn sie nicht kommen, dann erhalten sie im nächsten Monat keine Sozialhilfe, und das wissen die Leute. Ich glaube, dass eine ähnliche Regelung bei uns die gleiche Wirkung haben würde.

Niejahr: Haben Sie der Regierung das einmal vorgeschlagen?

Buschkowsky: Bisher hatte ich dazu keine Gelegenheit. Und es liegt leider nicht in der Kompetenz eines Bezirksbürgermeisters, so etwas umzusetzen. Wenn ich könnte, würde ich die direkte Zeugnisausgabe an die Eltern für die Neuköllner Schulen sofort einführen. Die Lehrerschaft wäre von dieser Idee bestimmt nicht so begeistert.

In Rotterdam spricht das Lehrerkollegium alle Sprachen, die auch die Kinder sprechen. Das heißt, das Kollegium kann sich auch mit den Eltern verständigen. Von diesem Zustand träumen wir. Was macht denn ein Lehrer mit Eltern, die nur rudimentär Deutsch sprechen?

Niejahr: Türkisch ginge vielleicht noch, da es zum Teil türkische Lehrer gibt.

Buschkowsky: Wir haben kaum türkische Lehrer. Es gibt vielleicht drei bis fünf Vorzeigelehrer in einem Bezirk von 2500 Lehrern. Verbale Kommunikation ist teilweise

also überhaupt nicht möglich. In den Niederlanden ist das anders, das Lehrerkollegium weiß, wie die Leute ticken. Das heißt, dort herrscht eine ganz andere Form des Umgangs miteinander. Davon sind wir nicht nur hier in Berlin, sondern in ganz Deutschland meilenweit entfernt.

Wir sind auch weit davon entfernt, zu akzeptieren, dass es Stadtgebiete gibt, in denen die Menschen im Vergleich zu einer traditionellen deutschen Klein- oder mittelgroßen Stadt intensivere Betreuung brauchen. Irgendwann einmal muss man von dem Grundsatz wegkommen, wonach die Schüler-Lehrer-Relation überall gleich sein muss.

Wie zu Beginn der Industrialisierung vor 150 Jahren gibt es heute wieder eine bildungsferne Schicht, die sich über die normale Strukturierung einer Gesellschaft hinaus dynamisch entwickelt. Es gibt wieder Eltern, die überhaupt nicht begreifen, wie diese Gesellschaft funktioniert und welche Kompetenzen ihre Kinder haben müssen, um ein erfolgreiches Leben führen zu können. Diese Eltern sind die größte Gefahr für ihre Kinder, und die Kinder tragen schwer an den Defiziten, die sie von zu Hause mitbringen. Da das so ist, hilft es nichts, von den Eltern Dinge zu verlangen, die sie nicht erfüllen können. Eltern können nur die Kompetenzen an ihre Kinder weitergeben, die sie selbst haben. Aber der Staat muss dann sicherstellen, dass er die Defizite der Elternhäuser ausgleicht. Die Gesellschaft muss intervenieren, damit die Kinder nach ihrem Wertekanon erzogen werden.

Aus diesem Grund bin ich auch für die Kindergartenpflicht und für Ganztagschulen, die helfen, eine konstruktive Freizeitbeschäftigung sicherzustellen. Mit den Kindern, über die wir reden, spielt zu Hause niemand »Mensch ärgere Dich nicht« oder »Halma«. Das sind aber wichtige Bausteine, um die Frustrationsschwelle zu heben und

die Konzentrationsfähigkeit zu stärken. Es hilft, wenn ein Kind im Spiel lernt, nicht das ganze Brett an die Decke zu schmeißen, nur weil es es zum dritten Mal hintereinander kurz vor dem Ziel rausfliegt.

Heute gibt es junge Menschen im Alter von 14, 15 Jahren, die sich nur 20 Minuten lang konzentrieren können. Manche Kinder werden eingeschult und können - salopp gesprochen - kaum unfallfrei geradeaus laufen.

Die Gesellschaft muss daher mitunter die Stelle der Eltern einnehmen, weil die Kinder das Kapital der Gesellschaft sind. Ich bin für eine intervenierende Gesellschaft. Sozial Schwache brauchen eine starke Gesellschaft. Sie brauchen aktivierende und führende Leitlinien, aber auch Grenzen und eine klare Sprache.

Niejahr: Sie sprechen nicht vom starken Staat, sondern von der starken Gesellschaft. Warum?

Buschkowsky: Es gibt Aufgaben, die Vertreter des Staates allein nicht bewältigen. Deshalb haben wir zum Beispiel die Stadtteilmütter entwickelt. Ich nenne sie liebevoll unser »Kopftuchgeschwader«. Es handelt sich um Mütter mit einem Migrationshintergrund, die teilweise noch nie einen festen Job oder eine regelmäßige Tätigkeit hatten, aber Lust haben, sich zu engagieren. Wir werben sie an und bilden sie sechs Monate lang in zehn Feldern aus zu Themen wie Kindergarten, Sprachkurse, gesunde Ernährung, Sexualerziehung, gewaltlose Erziehung und Schulsystem.

Wir versuchen, über diese Frauen an Familien heranzukommen, die hinter verschlossenen Türen leben. Es gibt eben Familien, bei denen die Tür auch dann nicht aufgeht, wenn der Bürgermeister mit der Amtskette hundertmal klingelt. Wenn aber die Schwester davorsteht, ist das manchmal anders. So

versuchen wir, die Gutwilligen zu erreichen, die oft einfach nicht wissen, wie die Welt funktioniert, in die sie hier in Deutschland gekommen sind.

Niejahr: Wie finden Sie solche Frauen?

Buschkowsky: Das geschieht im Kiez durch die Anwerbung der Frauen untereinander. Die Keimzelle war ein Projekt im Rahmen des Quartiersmanagements. Dieses Miniprojekt wurde mit 10.000 Euro aus Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung finanziert. Es hat sich so bewährt, dass wir es auf den ganzen Bezirk ausgedehnt haben.

Heute gibt es 130 Stadtteilmütter unterschiedlichster Ethnien: Araberinnen, Kurdinnen, Türkinnen, Russinnen und viele andere. Sie sind Eisbrecherinnen. Sie sollen keine Bildung vermitteln. Das können sie nicht. Sie sind auch keine Sozialarbeiterinnen. Das können sie auch nicht. Sie sollen aber versuchen, für bestimmte Menschen die Tür zur Gesellschaft zu öffnen, was oft nur nach dem Motto funktioniert: »Schwester, ich weiß, wer Dir bei Deinem Problem helfen kann. Ich nehme Dich an die Hand, komm mit und vertraue mir.«

Niejahr: Was tun Sie noch in Neukölln, um verschlossene Türen zu öffnen oder Nachbarschaften zu unterstützen?

Buschkowsky: Ein ganz anderer Versuch ist unser Campus Rütli, ein großer Feldversuch, der eine neue urbane Stadtkultur schaffen soll. Wir wollen auf 50.000 Quadratmetern die gesamte öffentliche Infrastruktur unterbringen, so dass alle Menschen, die in diesem Gebiet aufwachsen, sich dort immer wieder begegnen – egal, ob sie zum Sportverein oder zur Volkshochschule gehen. Auf dem Gelände befinden sich Krippe, Grundschule, Oberschule mit Oberstufe, Berufsfindungswerkstätten, Jugendclub, Sporthalle, Musikschule, Volks-

hochschule, Kinder- und Jugendgesundheitsdienst und eine Wiese zum Grillen und Streetballspielen.

Wir wollen dort die soziale Kompetenz eines ganzen Stadtquartiers mit 5.000 Einwohnern zusammenführen. Wir wollen nicht, dass – wie bisher – Mohammed morgens nach links zur Hauptschule geht, während Ahmed zum Ernst-Abbe-Gymnasium nach rechts verschwindet, obwohl beide im gleichen Haus wohnen. Der Campus soll der gesellschaftliche Mittelpunkt dieses Wohngebiets sein. Der Starke soll das Vorbild für den Schwachen sein, aber auch Verantwortungsbewusstsein gegenüber dem Schwachen entwickeln. Die Menschen sollen sich weniger voneinander abschotten.

Wir haben nämlich das Problem der bereits ganz früh einsetzenden Segregation schon bei den Kleinsten. Von den Kindern, die im Neuköllner Norden geboren werden, kommt ein weitaus geringerer Teil auch in die Schulen. Der andere Teil der Kinder ist im Alter von fünf oder sechs Jahren weggezogen. Bildungsorientierte Eltern verlassen vor der Einschulung das Quartier, weil sie ihre Kinder dort nicht zur Schule schicken wollen. Das wiederum bedeutet, dass sich in den Klassen die normale soziale Spreizung nicht mehr widerspiegelt, weil der Anteil der Kinder aus schwierigen Verhältnissen überwiegt.

Niejahr: Ihre Zielgruppe, die Sie zum Bleiben bewegen wollen, sind also junge Familien mit sehr kleinen Kindern?

Buschkowsky: Ja, und das gelingt nur, wenn diese Familien mir glauben, dass die Sorge um ihren Nachwuchs unbegründet ist. In Berlin gab es gerade im letzten Jahr eine starke bürgerliche Bewegung für eine evangelische Privatschule in Kreuzberg. Der Spitzenmann dieser Initiative war der stellvertretende Chefredakteur einer linken Tageszeitung. Viele drohten mit dem Weg-

zug, wenn die Privatschule nicht errichtet wird. Daran sehen Sie, welche Bedeutung das Thema hat.

Niejahr: Was würden Sie sagen, wenn das Ganze in Neukölln passieren würde?

Buschkowsky: Das Neuköllner Bezirksamt hätte sich vermutlich anders als die Kreuzberger Kollegen verhalten. Die Kreuzberger sagen: Das leistet der Segregation in den Schulen noch mehr Vorschub. Wir sortieren damit die sozial Starken aus. Deswegen wollen wir die Privatschule nicht. Wir wollen die Durchmischung.

Ich sage: Die Folge davon ist, dass die Eltern fortziehen. Mit jedem Möbelwagen verlassen nicht nur Möbel das Quartier, sondern auch soziale Kompetenz. Der ständige Aderlass an sozialer Kompetenz führt zum Niedergang. Ich würde ihnen die Privatschule geben; denn wenn ich das Kind des Philharmonikers schon nicht in der Schule halten kann, dann würde ich wenigstens wollen, dass es mit seiner Familie im Quartier bleibt und dass damit im Sportverein, auf dem Spielplatz und im Hausaufgang vielleicht doch noch so etwas wie eine Beziehung und nicht die alleinige Abbildung eines Unterschichtenmilieus entsteht.

Nach der erwähnten Studie der Humboldt-Universität wohnt in Neukölln-Nord eine homogene Gruppe von Menschen, die größtenteils sozial ausgegrenzt ist. Und es gibt keine Anzeichen einer positiven Entwicklung, sondern eher eine dynamische Entwicklung nach unten. Wenn ich nicht will, dass die sozialen Kompetenzen der Bewohner dieses Stadtteils immer schlechter werden, dann muss ich den Menschen die Möglichkeit des Wählens und Bleibens geben.

Die Sorge um den Nachwuchs ist die größte Sorge, die Eltern haben. Neukölln ist seit vielen Jahren sehr beliebt bei jungen Leuten, die nach Berlin ziehen, weil die Mieten

hier so niedrig sind. Junge Menschen haben eine hohe Frustrationsschwelle hinsichtlich Lärm, sozialer Verwerfungen und Dreck auf der Straße. Sie brauchen auch keine Gardine mit Goldkante am Fenster. Wenn die jungen Leute aber Familien gründen und Kinder haben, dann ziehen sie weg – spätestens mit dem Schuleintritt der Kinder. Für die bildungsorientierten Migranten gilt das übrigens in besonderem Maße. Gerade sie telefonieren vorher die Schulen ab, in die ihre Kinder eingeschult werden können, und fragen, wie hoch der Migrantenanteil ist.

In London sind Privatschulen ein Massenphänomen, in den Niederlanden gibt es die Teilung in »schwarze« und »weiße« Schulen. Die Sorge um die Schulbildung ihrer Kinder ist ein zentrales Anliegen aller Eltern, nicht nur in Neukölln.

Die Menschen möchten, dass ihre Kinder entsprechend ihrer Anlagen gefördert werden. Das ist nicht der Fall, wenn in einer Klasse 50 Prozent der Kinder das Tempo so sehr verlangsamen, dass daraus für die anderen 50 Prozent Stillstand folgt. Es gibt den augenzwinkernden Satz: Kinder lernen nicht durch die Schule, sondern trotz der Schule – weil die Schule nur auf den Fundamenten aufbauen kann, die die Eltern gelegt haben.

Das Elternhaus muss übrigens nicht aus Akademikern bestehen. Im Elternhaus muss nur Motivation vermittelt werden. Es reicht oft schon, wenn die Eltern sagen: »Kind, wir hatten keine Möglichkeit, lesen und schreiben zu lernen. Das ist nicht gut für unser Leben gewesen. Du sollst es besser haben. Lies, geh zur Schule und mach Deine Hausaufgaben.« Meine Oma hat immer gesagt: »Arm kann man ruhig sein, aber man muss keine dreckigen Socken anhaben.« Genauso gilt: Man muss nicht lesen und schreiben können, um sein Kind zum Lesen und Schreiben zu motivieren.

Niejahr: Wie binden Sie engagierte Bürger oder Organisationen in Ihre Stadtteilpolitik ein?

Buschkowsky: Ich glaube, dass wir in Berlin ein sehr gutes System entwickelt haben, nämlich das Quartiersmanagement, bei dem die Bürger- und Nachbarschaftsbeteiligung ein wesentlicher Bestandteil sind. Das Quartiersmanagement gibt es in verschiedenen Berliner Bezirken mit sozial schwierigen Gebieten. Es ist ein Instrument der »Sozialen Stadt«. Mit aus öffentlichen Zuwendungen finanzierten verwaltungsfernen Büros versuchen Quartiersmanager unter Einbeziehung der Bürgerschaft die Lebensqualität im Stadtteil zu verbessern und die Teilhabe der Bürger an ihrem Stadtteil nachhaltig zu stimulieren. Das geschieht über die üblichen Instrumente aus Beiräten, Stadtteilzeitungen, Straßenfesten, Wettbewerben oder Kommunikationszentren für Alte und Junge. Gestaltend können die Quartiersmanager über Projektmittel wirken. Sie verfügen aber über keine Steuerungs- oder gar Eingriffskompetenzen. So können sie zum Beispiel nicht einfach alle wichtigen Akteure eines Sozialraums an einen Tisch zwingen und regeln, wie man mit der Entwicklung in einer Straße oder einem Block umgeht. Ich halte das für falsch.

Ich bin dafür, mehr Verbindlichkeit in das Quartiersmanagement zu bringen, damit die beteiligten Bürger dabeibleiben. Bisher sagt man zum Beispiel dem Bürger A, dass seine Beschwerde zwar richtig ist, man aber leider nichts tun kann, weil das Sache der Polizei ist. Den Bürger B schickt man zum Jugendamt, den Bürger C zur Schule. Irgendwann fragen die Leute: »Weswegen sitze ich hier eigentlich und mache mit beim Quartiersmanagement, wenn wir doch nichts zu sagen haben?« Ich rede einem verbindlichen Quartiersmanagement das Wort. Die Quartiersmanager sollten Kompetenzen erhalten, die Beteiligung von einzelnen Behörden durchzusetzen, einen Datenaus-

tausch zu entwickeln oder auch konzentrierte Aktionen koordinieren und durchführen zu können. Die momentane Struktur, dass das Quartiersmanagement vom »Goodwill« der Behörden abhängig ist, halte ich für nicht ausreichend. Auch an dieser Stelle können wir von den Niederlanden lernen, wo die Vernetzung und operative Zusammenarbeit aller beteiligten hoheitlichen Kräfte außerhalb des normalen Aufgabenspektrums inzwischen gang und gäbe ist.

Aus meiner Sicht ist ein durchgängiges Phänomen unserer Gesellschaft, dass Verbindlichkeit fehlt oder sogar abgebaut wird. Wir hängen noch immer ein wenig den Slogans der 68er-Revolution nach. Damals rief man: »Unter den Talaren – Muff von 1.000 Jahren«. Ein Synonym dafür, dass alles beseitigt werden sollte, was nach Reglementierung, Zwang und überkommener Struktur roch.

Nach der Wiedervereinigung sagten die ehemaligen DDR-Bürger: »Staat und Bevormundung hatten wir lange genug. Wir wollen endlich frei sein.« Beides zusammen hat dazu geführt, dass unsere Gesellschaft inzwischen fast eine beobachtende Gesellschaft geworden ist, die nur noch beschreibt, aber nicht mehr bereit ist, Normen, die wir uns im Interesse von allen gesetzt haben, auch durchzusetzen. Das Selbstbewusstsein hierfür ist einfach verlorengegangen. Heute werden verpflichtende Gesetze verabschiedet, die keine Sanktionsklauseln enthalten, womit die Durchsetzung völlig zahnlos wird.

Gerade die gesellschaftliche Linke muss sich engagieren; denn wenn das rechte Rattenfänger tun, wird es gefährlich. Ich habe in Rotterdam einen Satz gehört, der mir nicht mehr aus dem Kopf geht. Er lautet: »Wir haben unseren Pim Fortuyn gelernt.« Fortuyn war der niederländische Rechtspopulist, der sehr einflussreich war, bevor er erschossen wurde.

Niejahr: Mit solchen Thesen tun sich viele in Ihrer Partei, der SPD, eher schwer. Stört Sie das eigentlich?

Buschkowsky: Ich werde häufig gefragt, ob ich nicht in der falschen Partei bin. Ich sage dann immer: Ich finde, dass ich in genau der richtigen Partei bin. Für die Chancengleichheit aller einzutreten, also auch derer, die nicht mit dem goldenen Löffel im Mund geboren wurden und bei denen sonntags keine Hausmusik gemacht wird, ist sozialdemokratische Politik. Teile meiner Partei haben nur ein wenig vergessen, dass der Idealzustand einer Gesellschaft, in der alle Menschen gut und alle Bürger mündig sind, derzeit noch eine Baustelle ist, die wir irgendwann vollenden werden. Im Moment jedoch gibt es nun einmal Menschen, die Hilfe und Führung brauchen.

Niejahr: Sie plädieren für einen stärkeren Staat. Können Sie trotzdem mit dem Prinzip der Subsidiarität etwas anfangen?

Buschkowsky: Natürlich. Wir brauchen beides. Subsidiarität heißt ja nur, dass sich die Gesellschaft verschiedener Erfüllungsgehilfen bedient. Das ist etwas anderes als »Laissez-faire«. Unter Subsidiarität verstehe ich, dass der Staat nur dort eintritt, wo andere die Dinge nicht besser regeln können. »Andere« können zum Beispiel karitative oder religiöse Organisationen sein, auch muslimische Gemeinden.

Niejahr: Die scheinen Ihnen aber keine große Hilfe zu sein.

Buschkowsky: Derzeit nicht. Derzeit sind muslimische Gemeinden bei uns eher rückwärtsgewandt, obwohl einzelne Imame dabei sind, das zu ändern. Ich kenne Imame, die in ihren Predigten gegen die Zwangsverheiratung zu Felde ziehen und für Bildung, Schulbesuch und ein selbstbestimmtes Leben der Mädchen predigen. Das gibt es und diese Gemeinden sind wich-

tige Partner, ganz im Sinne des Subsidiaritätsgedankens, aber sie stehen nach meinem Erleben zurzeit noch nicht für den »Mainstream« der muslimischen Gesellschaft.

Niejahr: Wie sieht Ihr Austausch mit den muslimischen Gemeinden ganz konkret aus? Wo und wie trifft ein Bezirksbürgermeister einen Imam zum Gespräch?

Buschkowsky: Ich gehe hin und wieder in Moscheen und stelle mich der Diskussion mit den Mitgliedern der Gemeinde. Ich diskutiere auch mit Frauen, die Kopftuch oder andere Verhüllungen tragen, und sage ihnen klar, dass ich es nicht für richtig halte, dass eine Frau in dieser traditionellen Bekleidung bei uns eine hoheitliche Tätigkeit ausüben sollte. Sie ist eine Botschafterin einer Kultur, die nicht die Kultur dieses Landes ist.

Abgesehen davon gehe ich zu Veranstaltungen, zum Beispiel zur Arabischen Kulturwoche oder auf Straßenfeste, die nach einem Grußwort des Bürgermeisters auch heute schon gemeinsam von der evangelischen Pfarrerin und dem türkischen Imam eröffnet werden. Dort sitzt man beim Tee zusammen und unterhält sich.

Natürlich erhalte ich auch Berichte, wie zum Beispiel von meinem Migrationsbeauftragten, der mir sagt, welcher Imam sich wo durch welche Predigten ausgezeichnet hat. Es gibt allerdings keine strukturierten, institutionalisierten Kontakte zu den einzelnen Moscheevereinen, von denen in Neukölln über 20 existieren.

Niejahr: Und wie funktioniert die Zusammenarbeit mit den muslimischen Organisationen, die Sie als Partner sehen?

Buschkowsky: Wir haben viel zu tun mit der größten türkischen Organisation in Berlin, dem Türkisch-Deutschen Zentrum mit

Sitz in Neukölln und 2.500 Mitgliedern. Die Zusammenarbeit ist, wenn man so will, ein weiteres Beispiel für die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips in Neukölln. Ein Beispiel: Das Albert-Schweitzer-Gymnasium war vor einigen Jahren eine sterbende Schule. In der unmittelbaren Nachbarschaft gab es viele »Dealer« und »Junkies«, niemand meldete sein Kind dort noch an. Wir haben gesagt: »Das Schließen eines Gymnasiums im Neuköllner Norden ist das schlechteste Signal, das wir als Stadt überhaupt aussenden können. Wir müssen gemeinsam mit der Schule etwas unternehmen.«

Gestartet sind wir dann mit dem Türkisch-Deutschen Zentrum, das die Freizeit- und die Hausaufgabenbetreuung der Schüler übernommen hat. So haben wir aus der Schule ein Ganztagsgymnasium gemacht. Mittlerweile ist es erblüht. Die Schülerzahl wurde fast verdoppelt. Heute steht es bei den Grundschulern, denen der Besuch eines Gymnasiums empfohlen wird, auf Platz 2 der Wunschgymnasien in Neukölln. Die Zahl der Abiturienten wird sich in diesem Jahr vervierfachen. Bei einem Anteil von 90 Prozent an Schülern mit Migrationshintergrund liegt die Abiturnote der Schule im üblichen Landesdurchschnitt. Es geht also, wenn man die Probleme und die Schwächen, die es im Sozialgefüge gibt, gezielt aufgreift und ihnen entgegenwirkt. Das erfordert ein konkretes praktisches Engagement des Staates und der Gesellschaft, jedoch keine Sonntagsreden.

Niejahr: Alle reden über Bildung und Integration als große Herausforderungen der Zukunft. Rennen Ihnen gemeinnützige Organisationen und andere zivilgesellschaftliche Helfer nicht längst die Türen ein?

Buschkowsky: Einerseits ja, das Interesse ist groß. Andererseits: An unserem Rathaus steht eine riesengroße Kiste, auf der »Solidarität« steht. Deren Deckel ist nicht mehr

zu schließen. Für die Kiste, auf der »Geld« steht, gilt das aber nicht.

Wir haben für alle Nord-Neuköllner Grundschulen Schulstationen eingerichtet. Das hätten wir auch für die Oberschulen machen müssen. Wir haben aber nicht genug Geld dafür. Eine Schulstation kostet 75.000 Euro im Jahr. Das ist übrigens weniger, als für zwei Plätze im Jugendgefängnis pro Jahr ausgegeben wird.

Niejahr: Was genau macht eine Schulstation?

Buschkowsky: Meistens ist sie mit zwei Sozialarbeitern besetzt. Sie sind Ansprechpartner für die Schüler und werden bei Konflikten zwischen den Schülern eingeschaltet. Sie helfen bei den Hausaufgaben. Manchmal werden sie auch als Pausenaufsicht missbraucht. Das sage ich bewusst so, da die Schulstation dafür nicht da ist. Sie sollen eigentlich Helfer für die Schüler und Mittler zwischen der Elternschaft und der Schule sein, ein Hilfsorgan der Schule. Diese Organisation ist nicht starr an die Riten der Schulen gebunden, gleichwohl ist sie aber Teil der Schule, und sie soll der Schule zuarbeiten. Es gibt auch Schulstationen, die sich im Konfliktfall als Anwälte der Schüler oder Eltern gegen die Schule verstehen. Das ist natürlich auch nicht im Sinne des Erfinders.

Niejahr: Bei Ihrer Idee von der intervenierenden Gesellschaft gibt es ein grundsätzliches Problem: Wenn der Staat tut, was Sie fordern, und strenge Regeln für bildungsferne Schichten durchsetzt, kommt damit oft auch eine große Mehrheit unter Druck, die solche Regeln nicht will und oft auch nicht braucht. Mit der Kindergartenpflicht und der obligatorischen Ganztagschule nehmen Sie beispielsweise dem Bildungsbürger im wohlhabenden Berlin-Zehlendorf die Möglichkeit des nachmittäglichen

Musikunterrichts für seine Kinder. Ist Ihnen das egal?

Buschkowsky: Herzlich willkommen im alten Preußen mit dem Dreiklassenwahlrecht! Nichts anderes ist das, was Sie gerade vorgetragen haben! Sie haben gerade sinngemäß gesagt, dass es Menschen gibt, die schlau sind und wissen, was richtig ist. Das wusste das Bürgertum schon immer - auch im alten Preußen. Daneben gibt es die »Dummen«, und um die muss sich der Staat kümmern. Die »Schlaunen« brauchen keinen Staat. Die Hauptsache ist, dass die Dummen weit weg genug wohnen. Ich halte das für sehr kurz gegriffen, obwohl mir diese Argumente natürlich ständig begegnen.

Ich will nur einmal an etwas erinnern: Friedrich Wilhelm I. hat die Schulpflicht gegen den erbitterten Widerstand der Bevölkerung eingeführt. Sie ist mit Waffengewalt durchgesetzt worden, weil die dummen Massen nicht begriffen haben, dass Schule wichtiger ist als Kinderarbeit, auch wenn man gerade Hunger hat und das Geld braucht, das ein Kind verdient. Unsere heutige Wissensgesellschaft und der hohe Standard der Bildung in unserem Land sind aber darauf zurückzuführen, dass Bildung damals zum Allgemeingut für alle geworden ist.

Im Übrigen bestreite ich, dass Verwahrlosung ein Minderheitenproblem ist. 17 Millionen Menschen haben einen Migrationshintergrund. Von denen befindet sich ein gehöriger Anteil - ich denke aber nicht, dass es die Mehrheit ist - in einem Status, in dem man sie an die Hand nehmen muss. Vergessen Sie aber bitte auch die deutsche Unterschicht nicht. Es gab schon die Polizei, Gefängnisse und Staatsanwaltschaften, bevor es den ersten Gastarbeiter in Deutschland gab. Im Übrigen: Der Vorläufer des Kinder- und Jugendhilfegesetzes stammt aus der Weimarer Republik und wurde zum Schutz der Kinder erlassen. Es gab also

schon in der Weimarer Republik Eltern, die eine Gefahr für ihre Kinder waren.

Niejahr: Glauben Sie, dass am Ende die Kindergartenpflicht für alle ein Segen ist, auch für die Wohlhabenden in Berlin-Zehlendorf?

Buschkowsky: Es hat noch niemandem geschadet, Kontakt zu Menschen zu haben, die sich in anderen Lebenslagen befinden. Das Bildungsbürgertum sagt, es braucht keine Kindergartenpflicht, während es seine Kinder in die Kindergruppe der Kirchengemeinde oder die Initiativ-Kita schickt. Die Verlogenheit ist doch grenzenlos.

Niejahr: Wahrscheinlich wollen solche Bürger Angebote, die sie sich selber aussuchen können.

Buschkowsky: Na klar, spiel nicht mit den »Schmuddelkindern« - das steckt dahinter. Natürlich ist es angenehmer, wenn bei den Elternversammlungen alle den gleichen intellektuellen Horizont besitzen.

Niejahr: Jetzt lernen wir doch noch den Linken in Ihnen kennen.

Buschkowsky: Ich verstehe ja Ihre Frage, ob es wirklich sein muss, dass eine kleine Minderheit der Mehrheit Entscheidungen aufzwingt. Ich bestreite allerdings, dass das bei der Kindergartenpflicht der Fall wäre.

Wir in Deutschland neigen im Übrigen zu sehr zur Gleichmacherei. Das ist ein richtiger Wahn. Der Staat sollte mehr Möglichkeiten haben, auf Problemlagen adäquat zu reagieren. Muss das, was in Berlin-Neukölln richtig ist, wirklich auch in Bad Bevensen oder in Hamburg an der Elbchaussee richtig sein?

Niejahr: Wollen Sie, dass die Kindergartenpflicht von Stadtteil zu Stadtteil unterschiedlich geregelt wird?

Buschkowsky: Vielleicht nicht in verschiedenen Stadtteilen, aber warum soll nicht eine Stadt entscheiden können, dass alle Kinder ihrer Bürger in den Kindergarten gehen müssen? Ich wehre mich nur gegen den Gedanken, dass man etwas nicht tun kann, weil es nur einen Teil der Bevölkerung betrifft. Mit diesem Argument dürften wir vieles nicht machen. Strafbestimmungen werden auch nur für eine bestimmte Art von Straftätern eingeführt.

Niejahr: Davon bleibt die Mehrheit im Alltag aber unbehelligt. Mit einer Kindergartenpflicht intervenieren Sie viel stärker in das Leben der Menschen.

Buschkowsky: Der Staat interveniert häufig in das Privatleben seiner Bürger, etwa mit der Steuergesetzgebung oder den Bauvorschriften für das Einfamilienhaus. Ich weiß, wie emotional über die Kindergartenpflicht gestritten wird. Manche sagen: Ich kann mein Kind besser großziehen als eine 22-jährige Erzieherin. Andere klagen: Ich brauche nicht die Läuse von anderen Kindergartenkindern.

Niejahr: Sie haben beschrieben, wie schwierig Solidarität in einer multiethnischen Nachbarschaft ist. Glauben Sie, dass auch für eine Gesellschaft das Prinzip gilt »Je bunter, desto unsolidarischer«?

Buschkowsky: Zugespitzt formuliert lautet Ihre Frage, ob man für den deutschen Straftäter mit Springerstiefeln seine Steuern lieber ausgibt als für den arabischen »Streetfighter«, weil man sich bei dem fragt: Was geht mich eigentlich dieser Fremde an? Diese Denkart gibt es sicherlich; sie ist eine Ausdrucksform von Rassismus. Dazu kann ich nur sagen: Wer so denkt, wird sich noch wundern; denn die Zeit der homogenen Nationalstaaten ist als Folge der Globalisierung vorbei.

Um in die USA auszuwandern, musste man sich früher in ein Schiff setzen und eine lange Überfahrt hinter sich bringen. Das war beschwerlich und gefährlich. Heute setzt man sich für ein paar Euro in ein Flugzeug und steigt wenige Stunden später an einem beliebigen Punkt auf der Welt wieder aus. Wer möchte, dass der Staat nur dem etwas gibt, der blond und blauäugig ist und weiße Kniestrümpfe trägt, aber nicht dem mit schwarzem Haar und anderer Hautfarbe, sollte bedenken: Es ist künftig wahrscheinlicher, dass der Migrant seine Rente mitfinanziert als dass er selbst zum Sozialtransfer des Ausländers etwas beisteuert.

Grund dafür ist, dass die Geburtenraten von Migranten höher sind als vom Rest der Gesellschaft. Daher werden auch Menschen mit Migrationshintergrund in zunehmendem Maße zur Elite dieses Landes gehören und natürlich auch zum Wohlstand dieses Landes sowie zur geistigen Prosperität beitragen. Das ist heute teilweise schon so, denken Sie zum Beispiel an die vielen türkischen Schriftstellerinnen, deren Bücher auf dem Markt sind.

Niejahr: Gibt es wirklich nur ein Rassismusproblem oder wird es generell weniger solidarisch zugehen, wenn sich herumspricht, dass Armut in Deutschland vor allem ein Migrantenproblem ist?

Buschkowsky: Armut gibt es nicht nur bei Migranten, aber durch die Verknüpfung mit zusätzlichen Faktoren tritt sie dort stärker auf als bei der deutschstämmigen Bevölkerung. Ich denke, es gibt auf Dauer nicht unbedingt weniger Solidarität, aber immer weniger Bereitschaft, für die falschen Dinge Geld zu bezahlen. Wenn man den Menschen immer weismacht, dass alles in Ordnung ist und man eigentlich nur ein paar Sozialarbeiter mehr braucht, dann wird man scheitern. Die Menschen erleben im Alltag nämlich, dass nicht alles in Ordnung ist. Sie sehen den Anstieg der Gewaltkriminalität

unter jungen Männern mit Migrationshintergrund. Sie sehen, was in den Schulen los ist. Gleichzeitig erkennen sie aber, dass unsere Gesellschaft zahnlos ist und die Probleme nicht angeht. Sie sagen: »Dafür soll ich investieren?«

Durch die permanente und erlernte Abhängigkeit von öffentlicher Wohlfahrt werden der Überlebenswille, die Kreativität und der Ehrgeiz von Menschen gelähmt. Wir müssen aber die Menschen motivieren, ihre Fähigkeiten zu nutzen, ihr Leben in die eigenen Hände zu nehmen und selbstbestimmt zu gestalten. Wir müssen aktivieren und nicht durch Vollversorgung sedieren. Gerade jungen Menschen müssen wir vermitteln, dass die Gesellschaft auch für sie gute Chancen bereithält. Dann werden sie auch kein Interesse an Parallelwelten und den Dorfriten von Opa haben. Im Moment jedoch ist aus meiner Sicht das »Unsozialste« an der Bundesrepublik Deutschland ihr Sozialsystem. Unser Sozialsystem ist ein moderner Ablasshandel. Der Staat sagt: »Hier hast Du Deinen Scheck, geh nach Hause, setz Dich hin, schau fern, kauf Dir ein ›Sixpack‹ Bier, oder geh ins Teehaus. Aber sei ruhig!« Und das funktioniert bisher auch. Unruhen wie in England und Frankreich sind uns erspart geblieben, weil wir die Menschen mit Geld ruhigstellen. Ich habe allerdings meine Zweifel daran - damit bin ich bei Ihrer Frage -, ob das für immer finanzierbar sein wird.

Ferdinand Lassalle hat einmal gesagt: »Jede politische Aktion beginnt mit dem Aussprechen dessen, was ist.« Darum muss man sagen, wo die Probleme liegen und wie sie zu lösen sind. Dass wir gerade bei den Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund auf ein riesiges Bildungsproblem zusteuern, hat übrigens Heinz Kühn, der ehemalige NRW-Ministerpräsident und erste Ausländerbeauftragte der Bundesrepublik Deutschland, schon 1979 erkannt. In seinem

ersten Bericht hat er auf die Bildungsmisere hingewiesen. Er schreibt:

»Die schulische Situation der ausländischen Kinder und Jugendlichen ist durch einen unzureichenden Schulbesuch, eine extrem niedrige Erfolgsquote bereits im Hauptschulbereich und eine erhebliche Unterrepräsentation ausländischer Schüler an weiterführenden Schulen gekennzeichnet. Eine von der Schule zu übernehmende Hypothek sind die Lücken in der vorschulischen Erziehung. Beachtlich sind ferner auch hier die bei den ausländischen Eltern bestehenden Hemmnisse, die Bedeutung des Schulbesuchs für die Zukunftsentwicklung ihrer Kinder richtig einzuschätzen.«

Das könnte im Jahre 2008 geschrieben worden sein. Und was hat unsere Gesellschaft mit solchen Denkschriften gemacht? Nichts.

Niejahr: Was haben Sie selbst in Ihren Jahren als Bezirksbürgermeister dazugelernt? Oft heißt es: »Der Buschkowsky hat als ›Multikulti-Kritiker‹ angefangen und macht mit dem Campus Rütli jetzt selbst ein ›Multikulti-Projekt.«

Buschkowsky: Ich bin nach wie vor ein Gegner jedweder Sozialromantik und glaube, dass unsere Gesellschaft und auch unsere Parlamentarier immer noch nicht hinreichend bereit sind, die Realität als Realität zu akzeptieren. Vielfach bestimmt Sozialromantik und das Prinzip, dass nicht sein kann, was nicht sein darf, das Handeln. Es herrscht immer noch viel Wunschdenken vor.

Ich vergleiche das immer mit dem Zentralkomitee der SED. Es ist letztendlich auch daran gescheitert, dass dort niemand mehr wusste, was in der Kaufhalle wirklich gesprochen wurde. Man hat geglaubt, die DDR sei ein blühender Staat, weil die Häuser bis zum ersten Stock angepinselt

wurden, bevor die Politiker mit ihrem Wolga durch die Ortschaften gefahren sind.

Ich bin vor allem Realpolitiker. Ich sehe die Armutsproblematik, die soziale Entwicklung und meine Verantwortung als Kommunalpolitiker, den nächsten Generationen ein Neukölln zu hinterlassen, in dem die Menschen friedlich in einer Werteordnung leben, die unsere Vorväter entwickelt haben, nämlich in einer demokratischen Gesellschaftsordnung.

Demokratie ist nicht die Anleitung zur Beliebigkeit. Gerade in der Demokratie braucht man feste Regeln. Deshalb trete ich immer wieder für einen intervenierenden Staat ein. Wir müssen die Menschen erreichen und mit ihnen die Gesellschaft von morgen formen. Wir dürfen nicht zusehen, wie bei uns Kinder geschlagen, Mädchen zwangsverheiratet und aus der Schule genommen werden und Frauen in Rollen nach tradierten Riten leben müssen. Wir dürfen es nicht zulassen, dass Kinder nicht zur Schule gehen, weil sie zu Hause angeblich wichtigere Dinge erledigen müssen. Zur Not müssen wir den Schulbesuch, wie Friedrich Wilhelm I., mit harter Konsequenz durchsetzen. Die Kinder und nicht die Eltern sind das Kapital der Gesellschaft.

Natürlich habe ich in vielen Gesprächen und auf Reisen dazugelernt. Ich habe viele Einsichten gewonnen, die ich vor 15 Jahren nicht hatte. Ich bin da wie eine Leimrute: Es bleibt immer etwas hängen. Aber noch mehr hat sich um mich herum verändert. Denken sie nur an Cem Özdemir.

Niejahr: ... den Bundesvorsitzenden der Grünen ...

Buschkowsky: ... der übrigens ein Bürger Kreuzbergs ist. Auch er plädiert für den intervenierenden Staat. Das war in seiner Partei lange nicht üblich.

Ich sage immer: Je bunter die Mischung, desto klarer und fester müssen die Regeln sein. Regeln, die für alle gelten, nicht nur für Migranten. Integrationspolitik muss verständlich sein – es muss also eine klare Sprache gesprochen werden. Sie muss operativ sein – also vor Ort erlebbar. Und man muss einen langen Atem haben. Das heißt in der Konsequenz: Integrationspolitik kann keine Projektpolitik sein. Die Regelsysteme müssen an die neuen Realitäten der Gesellschaft angepasst werden. Vor allen Dingen in der Bildungspolitik. Das Geld, was wir dort sparen, werden wir in den Strafvollzug investieren. Falls jemand auf die Idee käme, zu sagen: »Wenn der Buschkowsky wieder ein bisschen herumschreit, dann geben wir ihm einfach noch 25.000 Euro für ein Straßenfest«, dann wäre es mir nicht gelungen, deutlich zu machen, worum es geht. Es gibt viele Neuköllns in unseren Großstädten. Sie sind Vorreiter der Integration, und deswegen sollten wir sie gut beobachten und besser behandeln als bisher. Integration ist kein Naturgesetz, was sich von allein vollzieht, sondern ein Prozess, der gesteuert werden muss. Voraussetzung dafür ist aber eine Gesellschaft, die nicht nur offen ist, sondern auch bereit, Konflikte auszuhalten und auszutragen.